

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

Kurz kommentiert: EWS - EG-Agrarpreise - EG-USA -  
Kohlepennig - Arbed Saarstahl

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1986) : Kurz kommentiert: EWS - EG-Agrarpreise - EG-USA - Kohlepennig - Arbed Saarstahl, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 4, pp. 161-162

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136145>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## EWS

### Realignment mit Überraschungen

---

Das monatelang andauernde Verwirrspiel um die Neuordnung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem ist beendet. Mit den Beschlüssen von Ootmarsum vom 6. April behielten diejenigen recht, die das neunte EWS-Realignment nach den französischen Parlamentswahlen vorhersagten.

Leitkursänderungen im EWS sind nun schon lange nichts Besonderes mehr; dennoch war diese (vorläufig) letzte von einigen Überraschungen gekennzeichnet. So gab es diesmal keine der sonst üblichen Fluchtbewegungen aus dem Franc, die häufig eine Neuregelung der Kurse erzwangen. Das neunte Realignment wurde „kalt“ beschlossen. Diese Besonderheit wurde aber noch übertroffen von der französischen Verhandlungsposition. Bislang galt eine Abwertung des Franc als nationale Schande. Diesmal wurde von französischer Seite aber offen von der Notwendigkeit einer Abwertung gesprochen, die zudem mit rund 8 % gegenüber der D-Mark unverhältnismäßig kräftig ausfallen sollte. Nur mühsam gelang es den übrigen EWS-Mitgliedsländern, eine Franc-Abwertung von de facto lediglich rund 6 % gegenüber der D-Mark durchzusetzen.

Markiert damit das neunte Realignment eine Wende der französischen EWS-Politik? Diese Frage muß aus zwei Gründen verneint werden: Zum einen ist Paris aus konjunkturellen Gründen an Zinssenkungsspielräumen gelegen. Dafür war die Franc-Abwertung eine notwendige Bedingung. Zum anderen kann die neue Regierung Chirac die „Abwertungsschande“ ihren Wählern gegenüber als notwendige Folge der ökonomischen Schlampereien der alten sozialistischen Regierung darstellen. Die Anhänger der Regierung Chirac müssen allerdings hoffen, daß sich die Inflationsentwicklung jetzt nicht so verschärft, daß schon bald eine „viel zu starke D-Mark“ das zehnte Realignment notwendig macht.

ww

---

## EG-Agrarpreise

### Europäischer Dissens

---

In ihren preispolitischen Vorschlägen für das Agrarjahr 1986/87 folgt die EG-Kommission konsequent den Ansätzen ihres „Grünbuches“, wonach angesichts des

wachsenden Angebotsüberschusses der Übergang zu einer realistischen Preispolitik unausweichlich geboten ist. Mit dem Ziel auf ein Angebots-Nachfragegleichgewicht hinzuwirken und bei den Produzenten das Gespür für Marktentwicklung zu verbessern, fordert sie eine Nullpreisrunde mit flankierenden Maßnahmen.

Ein Einfrieren der Preise trifft jedoch auf den erbitterten Widerstand der Bundesregierung, die die damit verbundenen Einkommensrückgänge für die Bauern nicht akzeptieren will. Statt für reale Preissenkungen als Instrument der Anpassung plädiert der deutsche Landwirtschaftsminister für Produktionsbeschränkungen, die die Gefahr der Erstarrung der Produktionsstruktur in sich bergen. Da der neue französische Agrarminister in der Frage der Agrarpreise mit seinem deutschen Kollegen auf einer Linie liegt, ist zu befürchten, daß die Kommissionsvorschläge auf der Strecke bleiben und die Ressourcenverschwendung ihren Fortgang nimmt. Die nächste Haushaltskrise stände damit unmittelbar vor der Tür.

Doch selbst wenn die Kommissionsvorschläge Wirklichkeit würden, bräuchten sich die deutschen Bauern keine Sorgen zu machen. Der Landwirtschaftsminister hat schon erklärt, daß dann ausgleichend nationale Subventionen fließen werden. Dies wäre allerdings nicht der erste ordnungspolitische Fehltritt der Bundesregierung im Agrarbereich, die 1982 im Zeichen der Wende zu „mehr Markt“ angetreten ist. Der Widerspruch zwischen dem von der Regierung proklamierten Subventionsabbau und ihrem Verhalten im Agrarsektor wäre eine Analyse der Motive wert. Im jetzigen Fall bräuchte man dabei gar nicht so sehr in die Tiefe zu gehen: es stehen mehrere Wahlen vor der Tür. kr

---

## EG – USA

### Erneuter Handelskrieg

---

Die Süderweiterung der EG verursacht nicht nur im Inneren der Gemeinschaft Probleme, sondern auch nach außen. Das jüngste Beispiel dafür ist der transatlantische Streit über die zum 1. März in Portugal und Spanien errichteten Einfuhrhindernisse gegen amerikanische Agrarprodukte (Mais, Sojabohnen, Sorghum). Wieder macht das Wort vom Handelskrieg die Runde. EG-Agrarkommissar Andriessen spricht sogar von Kanonenbootpolitik. Dieses Mal richten sich die amerikanischen Kanonen gegen europäische Äpfel, Kekse, Käse,

Gemüse und allerlei Getränke. Die Vergeltungsschläge sollen zum 1. Mai und zum 1. Juli erfolgen und die auf bis zu 1 Mrd. \$ bezifferten amerikanischen Ausfuhrerlöseinbußen exakt ausgleichen. Die EG hat postwendend Rückvergeltung angekündigt.

Wer hier im Recht ist, ist schwer zu entscheiden. Die geographische Ausweitung der gemeinschaftlichen Agrarregelungen verstärkt das Dauerärgernis, das die EG-Agrarpolitik in Drittländern hervorruft. Für die Regierung in Washington wiegen, zumal in einem Wahljahr, die sofort eintretenden Absatzverluste für die amerikanischen Farmer, die sich aus der Einbeziehung der iberischen Länder in den gemeinsamen Agrarmarkt ergeben, offenbar schwerer als die politischen Vorteile der Süderweiterung und ihr langfristiger Nutzen – durch sinkende Industriezölle in Portugal und Spanien – für die amerikanische Industrie. Der Eklat hätte jedoch vermieden werden können, wenn die Folgen des iberischen EG-Beitritts frühzeitig im GATT behandelt worden wären, so wie es seinerzeit bei der Norderweiterung der Gemeinschaft um Dänemark, Großbritannien und Irland geschehen ist. An einer GATT-konformen Regelung waren aber dem Vernehmen nach vor allem die Amerikaner nicht sonderlich interessiert. Sie nutzen – vorwiegend aus innenpolitischen Gründen – jede Gelegenheit, die europäische Agrarpolitik öffentlich aufs Korn zu nehmen.

ko

### Kohlepfennig

#### Kurze Freude

Seit Jahresbeginn ist der Kohlepfennig, mit dem die Stromverbraucher zur Subventionierung des heimischen Steinkohlebergbaus herangezogen werden, so niedrig wie schon lange nicht mehr. Nur bei seiner Einführung 1975 war der Aufschlag auf die Stromrechnung noch etwas geringer.

Die Freude über die Abgabensenkung währte allerdings nicht lange. Mittlerweile ist klar geworden, daß es bereits zur Jahresmitte wieder eine kräftige Erhöhung geben wird. Der Rückgang von Ölpreis und Dollarkurs hat die Preisdifferenz zwischen der deutschen Kohle und der importierten Kohle bzw. dem importierten Heizöl stark ansteigen lassen. Eine Anhebung des Kohlepfennigs von jetzt 3,3 % auf 4,5 %, wie sie der Wirtschaftsminister verordnen könnte, dürfte jedoch angesichts der anhaltenden Schwäche auf den Ölmärkten für einen Ausgleich nicht ausreichen. Eine weitergehende Erhöhung aber bedarf der Zustimmung des Bundestages.

Damit wird sich wieder einmal die Gelegenheit zu einer grundsätzlichen Diskussion der Kohlepolitik bieten. Die Forderung des Verbandes der Energie-Abnehmer, den Kohlepfennig abzuschaffen und statt der Stromkunden die Steuerzahler zu belasten, ist zwar insofern berechtigt, als die aufgebrachten Mittel vor allem dazu dienen, Beschäftigung und Produktion in bestimmten Regionen zu stützen. Doch hat der Vorschlag wenig Chancen auf Verwirklichung. Sein Ansatz bleibt ohnehin an der Oberfläche des Problems. Denn wichtiger als die Suche nach dem richtigen Zahler der Kohlesubventionen ist die Suche nach einem Konzept, das längerfristig ohne Subventionen auskommt.

km

### Arbed Saarstahl

#### Einigung über Entschuldung

Nach langem Zögern hat sich Bonn bereit erklärt, vom Bund verbürgte Kredite an Arbed Saarstahl über gut 700 Mill. DM voll zu übernehmen. Diese Entschuldung zusammen mit Schuldenübernahmen des Saarlandes (rund 500 Mill. DM) und Kreditverzichten der Banken (ca. 250 Mill. DM) sind conditio sine qua non für eine Sanierung des stark angeschlagenen saarländischen Stahlproduzenten.

Mit dieser „Vermögensneuordnung“ ist ein Fusionskonzept – für den saarländischen Wirtschaftsminister die einzige Lösung mit industrieller Zukunft – realisierbar, wie es sich zwischen der erfolgreichen Dillinger Hütte und Arbed abzeichnet: Nach einer etwa einjährigen Übergangszeit, in der die Dillinger Hütte das Management im Wege eines Geschäftsbesorgungsvertrages bei Arbed Saarstahl ausübt, soll das von Frankreich dominierte Unternehmen die Mehrheit der Arbed-Anteile übernehmen.

Wenn die endgültige Rettung von Arbed – trotz vieler noch bestehender Risiken – tatsächlich so gelingt, könnte damit zwar ein unerfreuliches Kapitel der Wirtschaftspolitik abgeschlossen werden, bei dem die ordnungspolitischen Grundsätze eindeutig auf der Strecke blieben. Einfach zur Tagesordnung überzugehen wäre aber falsch. Vielmehr sollte der Staat den Arbed-Fall als Lehrstück nutzen und vor allem auch die gesamtwirtschaftlichen Kosten solcher – hier zu Lasten der anderen deutschen Stahlunternehmen gehenden – „Subventionslösungen“ aufzeigen und auch das Eingestehen eigener Fehler nicht scheuen. Arbed Saarstahl darf nicht der Maßstab für ähnliche Fälle in der Zukunft sein.

hk